

SÜDWEST PRESSE

Stuttgart

"Da bremsen besonders die großen Parteien"

"Regierungsparteien sind nie interessiert, dass genauer hingeschaut wird", sagt Roman Ebener. Der Projektleiter der Organisation "abgeordnetenwatch.de" setzt vielmehr auf die Wachsamkeit der Bürger.

WILHELM HÖLKEMEIER | 16.06.2015

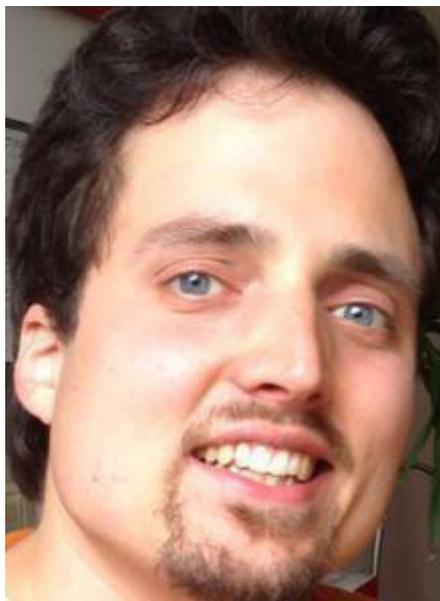


Foto: Roman Ebener: Der Fifa- Skandal zeigt, dass sich Korruption aufdecken lässt. Privatfoto

Herr Ebener, hat der Fifa-Skandal neue Erkenntnisse für die Bekämpfung von Korruption auf nationaler Ebene gebracht?

ROMAN EBENER: Man sieht: Ist das Interesse an Aufklärung groß genug, dann lässt sich Korruption aufdecken. Oft gibt es Vermutungen, aber niemand traut sich richtig an die dunklen Bereiche ran, weil es schwierig ist, Nachweise zu bringen. Die Medien sind wichtige Akteure, um etwas ins Rollen zu bringen, aber letztlich muss die Staatsanwaltschaft die Arbeit machen.

Der Bundestag hat 2014 ein Gesetz gegen Abgeordnetenbestechung verabschiedet. Haben sich die Zweifel an der Wirksamkeit bestätigt?

EBENER: Auf jeden Fall. Da zitiere ich Thomas Fischer, Vorsitzender Richter am Bundesgerichtshof: Nur wer sich als Abgeordneter extrem dumm anstellt, kann bestraft werden. Das Gesetz an sich ist ein Fortschritt, aber es ist ein zahnloser Tiger. Ich erwarte nicht viele Verurteilungen auf dieser Basis.

Es gibt doch eine gesellschaftliche Mehrheit, Korruption und Lobbyismus in der Politik härter zu bekämpfen. Warum gelingt das nicht?

EBENER: Das ist natürlich ein klassischer Interessenkonflikt, weil die vom Gesetz betroffenen Abgeordneten selbst darüber entscheiden müssen. Da bremsen besonders die großen Parteien. Vor allem CDU und CSU haben elf Jahre lang die Bemühungen blockiert, eine Anpassung der deutschen Gesetzeslage an die UN-Konvention zur Korruption vorzunehmen. Die Ausnahmetatbestände im Gesetz, die es wenig wirksam machen, sind letztlich Folge der Interessen der Abgeordneten.

Wenn man sich das Ranking der korruptesten Staaten anschaut, ragen die skandinavischen Länder als vorbildlich heraus. Wie kommt das?

EBENER: Dort gibt es eine ganz andere gesellschaftliche Einstellung. In Skandinavien werden sogar Steuerbescheide veröffentlicht. Es geht nicht um einen Generalverdacht, aber eine Handvoll Politiker an den entscheidenden Positionen können das ganze System in Misskredit bringen. Das muss verhindert werden.

Neben Strafandrohungen ist also die größtmögliche Transparenz ein wirksames Instrument?

EBENER: Da ist zuletzt viel passiert. Besonders das Informationsfreiheitsgesetz ermöglicht es Bürgern und Journalisten, Entscheidungen nachzuvollziehen. Das Internet erleichtert einen viel offeneren Umgang. Letztlich ist entscheidend, dass sich die Bevölkerung der Verantwortung bewusst ist, Entscheidungen wachsam zu verfolgen.

Die grün-rote Landesregierung in Baden-Württemberg tut sich schwer, ein Gesetz zur Informationsfreiheit zu verabschieden. Woran liegt das?

EBENER: Das überrascht mich nicht. Regierungsparteien sind nie interessiert, dass genauer hingeschaut werden kann. Die Initiative muss von der Bevölkerung kommen. In Hamburg wurde aus der dort in der Verfassung verankerten Volksgesetzgebung heraus ein Transparenzgesetz verabschiedet. Es verpflichtet Behörden, alles zu veröffentlichen, was nicht dem Datenschutz unterliegt oder Geschäftsgeheimnis ist. Sowas beschließt keine Regierung von sich aus.

Info Roman Ebener (geb. 1986), ist Projektleiter bei "abgeordnetenwatch.de" für den Bereich Wahlen und Parlamente. Vorstandsmitglied bei Software für Engagierte e.V.